SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Zwischen Reform und Restauration: Putin vor seiner zweiten Amtszeit

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Rahr, A. (2004). Zwischen Reform und Restauration: Putin vor seiner zweiten Amtszeit. *GUS-Barometer*, *10*(35), 1-6. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130894

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Körber-STIFTUNG
Forum für Impulse

Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik

GUS-Barometer

Herausgegeben von der Körber-Arbeitsstelle Russland/GUS
zur Unterstützung des Petersburger Dialogs.

Feburar 2004 | Nr. 35 | 10. Jahr

Putin vor seiner zweiten Amtszeit

Zwischen Reform und Restauration

Die Dumawahlen im vergangenen Dezember markierten eine neue Zeitenwende in der jüngsten russischen Geschichte. Der Kommunismus erlitt seine historische Niederlage. Gleichzeitig wurde das Ende des westlichen demokratischen Modells eingeläutet. In der Duma entstand ein neues Einparteiensystem. Präsident Wladimir Putin sagt, er brauche die neue Machtfülle, um die Barrieren auf dem Weg zu Rechtsstaat und Marktwirtschaft zu überwinden. Kritiker meinen, dass Putin eine persönliche autoritäre Herrschaft anstrebt. Konflikte zwischen Russland und dem Westen sind wieder auf der Tagesordnung. Beide Seiten benötigen neue Konzepte der Partnerschaft, sonst könnte die gegenwärtige Idee von „gemeinsamen Räumen" dem alten Prinzip der „friedlichen Koexistenz" aus dem vergangenen Jahrhundert weichen.

Das bedeutendste historische Ereignis der zweiten Hälfte des vorherigen Jahrhunderts war zweifellos der friedliche Zerfall der Supermacht Sowjetunion, die Auflösung der kommunistischen Ideologie und die Hinwendung Russlands zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die strategische Partnerschaft zwischen Russland und dem Westen wurde zum elementaren Bestandteil der neuen Weltordnung. Das neue Russland begann, einen schwierigen dreidimensionalen Transformationsprozess zu durchlaufen: von der Diktatur zur Demokratie, von der Plan- zur Marktwirtschaft und vom Imperium zu einem normalen europäischen Staat.

Beim Durchlaufen dieses dreidimensionalen Prozesses geriet Russland in den neunziger Jahren ins Trudeln. Fehlende liberale Traditionen verursachten falsche politische Erwartungen. Zwei Wirtschaftskrisen (1991,

Der Wahlverlierer, „Jabloko"-Chef Jawlinskij, warnte auf einer Großveranstaltung in Berlin vor dem Ende der Demokratie in Russland.

Impressum

Herausgeber: Körber-Arbeitsstelle Russland/GUS. Eine gemeinsame Einrichtung der Körber-Stiftung, Hamburg und des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Redaktion: Alexander Rahr | **Anschrift:** Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin, Telefon 030 · 254231-54, Fax 030 · 254231-68, E-Mail gus@dgap.org, Internet www.dgap.org und www.koerber-stiftung.de

1998), Zerfallserscheinungen (Tschetschenien), Machtkämpfe zwischen der Exekutive und Legislative sowie das Aufkommen eines korrupten Oligarchenregimes beschädigten das fragile Demokratiesystem, das man in Russland schon errichtet zu haben glaubte. Ein zermürbter Boris Jelzin sah schließlich keine andere Möglichkeit, als die Stabilisierung Russlands in die Hände der Geheimdienste zu legen.

Liberale Politik ohne Liberale

Die gegenwärtige Entwicklung ist voller Widersprüche. Präsident Putin reitet auf einer patriotischen Sympathiewelle ohne Ende. Seine Popularität liegt unvermindert bei 80 Prozent, die Russen vertrauen ihm mehr als ihrer orthodoxen Kirche. Umfragen zufolge ist die Mehrzahl der Russen mit Putins Ordnungspolitik einverstanden. Das von den liberalen Parteien propagierte Wirtschaftsmodell der neunziger Jahre wird von der Mehrheit der Bevölkerung als sozial ungerecht empfunden und abgelehnt. Die Demokraten der ersten Stunde werden mit dem Oligarchenregime gleichgesetzt, das aus Sicht der Bevölkerung Russlands Bodenschätze in den neunziger Jahren ausgeplündert hat. 80 Prozent der befragten Russen sind für eine Revision der Ergebnisse der Privatisierung aus den neunziger Jahren, wünschen sich eine Enteignung der Milliardäre und eine Zensur der Presse. Die Verhaftung des „Jukos"-Vorsitzenden Michail Chodorkowskij stärkte im Dumawahlkampf dem Kreml den Rücken, während die Liberalen, die für den Multimilliardär Partei ergriffen, den Kürzeren zogen. Wenn es nach der Mehrheit ginge, könnten Wahlen, Parlament und Parteien abgeschafft werden. Die Mehrheit wünscht sich ein Leben in einem homogenen Kulturraum mit kollektivistischen und patriarchalischen Zügen, eigenständigen Werten und demzufolge auch mit eigenen nationalen Interessen. Große Unterstützung beim Volk genießt Putins Außenpolitik, die dazu geführt hat, dass Russland in der Weltpolitik nicht mehr als Verlierer des Kalten Krieges gesehen wird.

Putin hat den dreidimensionalen Transformationsprozess auf eine für ihn strategisch wichtige Reformschiene beschränkt: die wirtschaftliche Modernisierung des Landes. Die beiden anderen Transformationsprozesse – Demokratisierung und Entkolonisierung– wurden aufs Eis gelegt. Der Politologe Gleb Pawlowskij sagte auf einer trilateralen amerikanisch-russisch-deutschen Konferenz der DGAP im November 2003, Russland hätte im Verlauf des 20. Jahrhunderts zweimal seine Staatlichkeit verloren (1917, 1991), Putin hätte geschworen, dass es eine dritte Revolution in Russland nicht geben werde.

Diese Stimmung offenbarte sich bei den Dumawahlen im Dezember. Russland erlebte einen Rechtsruck. Bei den Dumawahlen 2003 gaben Intellektuelle und Vertreter der technischen Intelligenz den nationalkonservativen Bewegungen den Vorzug vor den liberalen Parteien. Die Letzteren flogen aus dem Parlament, die Kommunisten, die zuvor die stärkste Opposition gebildet hatten, verloren die Hälfte ihrer Wählerschaft. Aber auch die Oligarchen, die über eigene Lobbyisten die Exekutive und Legislative beeinflusst und missbraucht hatten, verloren ihre Machtpositionen.

Es gibt auch Positives zu berichten. Im Jahre 2001 wurde das liberalste Wirtschaftsreformpaket der russischen Geschichte verabschiedet. Sein Kernstück war die Legitimierung von Privatbesitz an Grund und Boden. Die Reform zeigt heute Früchte: Die Wirtschaft verzeichnet ein stetiges Wachstum, die Staatsfinanzen sind saniert, die Abhängigkeiten von westlichen Krediten reduziert: der IWF kommt nicht mehr nach Moskau, um der Regierung Anweisungen zu erteilen, wie sie Reformen durchführen muss. Russland hat Saudi-Arabien als weltgrößten Erdölexporteur überholt und die USA als weltgrößten Rüstungsproduzenten eingeholt. In Moskau und anderen Großstädten ist ein enormer Bauboom zu verzeichnen, es entstehen riesige Gewerbegebiete aus internationalen Supermärkten, über ein Drittel aller Russen besitzt ein teures Mobilfunkgerät, russische Touristen überfluten die besten Urlaubsorte der Welt, ausländische Investoren drängen wieder auf den russischen Markt. Russlands Regierung sieht gute Chancen, die mittleren EU-Länder bis 2010 wirtschaftlich einzuholen.

In Russland entstand ein System der „gelenkten Demokratie". Der Staat ist in den Mittelpunkt aller Entscheidungsprozesse gerückt worden. Die Marktwirtschaft soll unter der Obhut des Staates gedeihen. Großkonzerne werden gezwungen, sich nationalen und staatlichen Interessen unterzuordnen. Eine Verstaatlichung der Industrie- und Finanzgruppen der Oligarchen soll es nicht geben, der Staat wird allerdings versuchen, in den Führungsetagen der Konzerne Oligarchen durch loyale Manager zu ersetzen. Im Energiesektor wird sich der Staat den größten Teil der Gewinne aus dem

Der Ölmilliardär Chodorkowskij präsentierte sich wenige Tage vor seiner Verhaftung vor Mitgliedern der DGAP im Berliner Hotel Adlon als „russischer George Soros“ und holte sich westlichen Rat zu Fragen der Zivilgesellschaft.

Exportgeschäft sichern. In Russland entsteht eine Art Staatskapitalismus. Nur so glaubt Putin der Korruption Herr werden, soziale Programme zum Schutz der Armen entwickeln, das Wirtschaftswachstum langfristig sichern und das Land nach außen stärken zu können. Das Scheitern des westlichen Demokratiemodells nimmt er in Kauf. Ohne eine Zivilgesellschaft und die Übernahme eines europäischen Wertekanons bleibt Russland für den Westen jedoch kein Integrationspartner.

Im August 1999 stellte Jelzin der Weltöffentlichkeit seinen Nachfolger vor. Putin, so der scheidende Kremlchef, wäre der ideale Anführer der neuen Generation junger Politiker, die Russland im 21. Jahrhundert endgültig zur Demokratie führen und das Land in der westlichen Zivilisation verankern würden. Doch die bekannten Jungreformer aus den neunziger Jahren, die Jelzin gemeint hatte, gehören der heutigen Führungsriege nicht an. Dafür sitzen junge Juristen, Unternehmer und Geheimdienstler aus Sankt Petersburg an den Schalthebeln der Macht. Sie alle gehörten Anfang der neunziger Jahre zur Führungsmannschaft des verstorbenen Oberbürgermeisters und Reformers Anatolij Sobtschak. Sie reformierten damals gemeinsam die Wirtschaft von Sankt Petersburg, überwachten die Privatisierung des lokalen Staatsbesitzes der untergegangenen Sowjetunion, gründeten neue Privatfirmen, wurden teilweise selbst Unternehmer und Direktoren der neuen Aktiengesellschaften und betrieben Außenhandel mit Europa und den USA.

Putin war der ideale zweite Mann für Sobtschak. Er koordinierte als stellvertretender Bürgermeister die wirtschaftspolitischen Aktivitäten und sicherte sie mit Hilfe des Geheimdienstes ab. Sobtschak war ein Mann für Visionen, er war der erste Verfechter der Idee eines „liberalen Imperiums“. Auch Sobtschak wollte Reformen durch einen starken Staat absichern. Heute versucht die Mannschaft die in Sankt Petersburg begonnene, erprobte, aber teilweise auch gescheiterte Politik ohne den Visionär Sobtschak unter Führung des Praktikers Putin in ganz Russland durchzusetzen. Diese Petersburger Mannschaft verschwand nach der Abwahl von Sobtschak und dessen Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zunächst von der politischen Bildfläche. Heute weiß man, dass sich die „Petersburger“ geschickt in der Präsidialadministration in Moskau „eingegraben“ hatten, um 1998/99, nach dem plötzlichen Aufstieg ihres „Anführers“ Putin aus der Versenkung aufzutauchen und mit einem Schlag fast alle Schalthebel der Staatsmacht zu besetzen.

Die Art und Weise sowie das Tempo, mit denen das neue Machtsystem geschaffen wurde, mutet unheimlich an. Alles begann mit Putins urplötzlichem Aufstieg im August 1999. Im Oktober 1999 wurde zu seiner Unterstützung die Partei „Einheit“ kreiert, die im Dezember 1999 bei den Dumawahlen auf Anhieb die meisten Wählerstimmen erhielt. Putins Aufstieg wurde auch in anderen Sphären vom Erfolg begleitet, so in Tschetschenien, wo die russische Armee zu ihrer eigenen Überraschung die Teilrepublik binnen weniger Monate zurückeroberte. Im März 2000 wurde Putin schon in der ersten Wahlrunde zum Präsidenten gewählt. Der nächste Coup folgte sogleich: Putin teilte Russland in sieben neue Großgouvernements ein, entmachtete den Föderationsrat und beendete den Zerfallsprozess des Landes. In der Folgezeit wurde der so genannte „rote Gürtel“ – die von kommunistischen Gouverneuren beherrschten Provinzen um Moskau herum – neutralisiert und von Putins treuen Truppen besetzt. Das Oligarchenregime wurde zerschlagen: zunächst wurden Boris Berezowskij und Wladimir Gusinskij ins Exil verdrängt und ihre Finanz- und

Medienimperien verstaatlicht. Drei Jahre später startete der Kreml einen Generalangriff auf den Ölkonzern „Jukos“, seine Spitzenmanager wurden verhaftet oder außer Landes gedrängt.

Der Siegeszug setzte sich Ende 2003 mit der totalen Ausschaltung jeglicher Opposition vom rechten und linken Lager im neu gewählten Parlament fort. Die kommunistischen Strukturen auf dem Land wurden marginalisiert, Rivalen deklassiert oder vereinnahmt, wie die Partei „Vaterland“ des Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Luschkow. Heute besitzt der Kreml in der Legislative eine absolute Zweidrittelmehrheit, die sich leicht zu einer Dreiviertelmehrheit ausbauen ließe. Er kann heute jegliche Veränderungen an der Verfassung vornehmen, sei es, um Russlands 89 Regionen in größere Bezirke einzuteilen, die Amtszeit des Präsidenten zu verlängern oder Russland mit Belarus wiederzuvereinigen.

Die Putinsche Machtmaschinerie arbeitet perfekt, sie ist ausgerichtet auf maximale Kontrolle und Erfolge. Bei den Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien im Oktober 2003 wurden, zur Sicherung des Sieges des Moskau-treuen Gouverneurs Achmad Kadyrow, alle Mitbewerber aus dem Rennen geworfen. Eine ähnliche Strategie verfolgt der Kreml bei den kommenden Präsidentschaftswahlen. Ein Sieg Putins in der ersten Wahlrunde ist nicht genug, der Kreml will wie bei den Dumawahlen eine Zweidrittelmehrheit erringen und das Rekordergebnis des georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, der 96 Prozent der Wählerstimmen in seinem Land erhielt, übertreffen.

Doch Putin weiß um die Gefahren einer Verselbständigung des Machtapparates. In seiner ersten Stellungsnahme nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der Dumawahlen machte Putin keinen Hehl daraus, dass er die liberalen Parteien lieber im als außerhalb des Parlaments gesehen hätte. Nun wird er sein früher abgegebenes Versprechen, dass die nächste Regierung von der Parlamentsmehrheit gestellt werden sollte, nicht einlösen. Putin kann keine liberale Wirtschaftspolitik ganz ohne liberale Politiker betreiben. Deshalb gratulierte der Präsident am Tag nach den Dumawahlen nicht den Siegern zu ihrem Triumph, sondern rief die Liberalen zu einer Kooperation auf. Diejenigen, die auf eine Stärkung der Geheimdienststrukturen gesetzt hatten, lagen falsch. In der Präsidialadministration wurde das Gewicht von den „Silowiki“ (Vertreter der Machtorgane) auf die zivilen Putin-Berater (Dmitrij Medwedew, Dmitrij Kozak) verlagert. Putin weiß genau, welche Signale er auch in den Westen senden muss, um die notwendigen Investitionen für seine Modernisierungspolitik zu erhalten. Der Wahlverlierer Grigorij Jawlinskij sagte in Berlin: Putin ist der letzte Damm gegen den aufkommenden Nationalismus.

Konflikte mit dem Westen

Putins Ordnungspolitik im Innern stößt im Westen auf Misstrauen, welches sich auch auf die Außenpolitik überträgt. Beobachter prognostizieren ein konfliktträchtiges Jahr in den Beziehungen Russlands zum Westen. Zu Beginn der ersten Amtsperiode Putins schien es, als ob Russland zur Außenpolitik Andrej Kozyrews (1990-95) zurückgekehrt war. Putin erklärte die Integration seines Landes in die Weltwirtschaft zur Priorität seiner Politik. Im Deutschen Bundestag erklärte er kurz nach dem 11. September 2001, Russland wolle seine sibirischen Rohstoffreservoire mit dem europäischen Wirtschaftsraum verschmelzen. Im Gegenzug sollte die EU das notwendige technische Know-how für die Modernisierung der russischen Wirtschaft liefern. Die EU und Russland müssten eine Einheit werden, damit würde der Weg Europas zur Supermacht im 21.Jahrhundert gesichert.

Doch der Westen reagierte auf solche Angebote der vertieften Partnerschaft zurückhaltend. Der Reformprozess in Russland gab zu viele Rätsel auf. Der Weg zu einem wirklichen gemeinsamen europäischen Haus führt über die Aufstellung eines gemeinsamen Wertekanons, über eine Aussöhnung Russlands mit den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten – den heute neuen EU-Mitgliedern, über eine radikale Reformierung des russischen Industrie- und Dienstleistungssektors, die Gründung von mittelständischen Unternehmen und einem funktionierenden Bankensektor. Europa kann und wird sich niemals in Gegnerschaft zu Amerika definieren. Schließlich muss Russland, wenn es ein integraler Teil Europas werden möchte, bereit sein, Souveränitätsrechte an Brüssel abzugeben, was für die gegenwärtigen russischen Eliten nicht in Frage kommt.

In den Jahren 2002-2003 verschlechterten sich die Beziehungen Russlands zum Westen. Die russische Diplomatie glich wieder der des ehemaligen Außenministers Ewgenij Primakow (1996-98), der vor Konflikten mit dem Westen nicht zurückscheute, um russische nationale Interessen stärker durchzusetzen. Mit

der EU liegt Russland seitdem im Streit über die künftige Gestaltung des europäischen Kontinents. Seit der Einführung von Visen für Russen, die von und nach Kaliningrad reisen, kocht die viel gelobte strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland auf Sparflamme. Putin hat der EU unmissverständlich klar gemacht: Kritik und Belehrungen werden nicht mehr hingenommen, Russland braucht den Westen nicht als Lehrmeister in Sachen Demokratie, sondern ausschließlich als Partner bei der Modernisierung der russischen Wirtschaft.

Andere Russische Politiker, wie beispielsweise der ehemalige Berater des Premierministers Michail Deljagin, verwerfen ein reines EU-Europa, in dem Russland kein Stimmrecht über sicherheitspolitische und wirtschaftliche Fragen besitzt. Während Russland sich aus Europa zurückgezogen hätte, würden die Westeuropäer das Vakuum mit ihren wirtschaftlichen und militärischen Strukturen füllen. Das russische „nahe Ausland" ist plötzlich zum „nahen Ausland" der NATO und EU geworden. Die Osteuropäer kehrten mit einem Gefühl kolossaler historischer Erleichterung nach Europa zurück, Russland dagegen würde in eine ihm fremde asiatische Zivilisation abgedrängt werden.

Aus russischer Sicht wurde Russland für seine Kooperationsbereitschaft innerhalb der Anti-Terror-Allianz seit dem 11. September 2001 von den USA nicht belohnt. Im Gegenteil, die USA würden, so der russische Vorwurf, die südlichen GUS-Länder, die Russland weiterhin zu seiner Einflusssphäre zählt, zu ihrer eigenen Hemisphäre erklären, Russland nicht nur aus Zentralasien, sondern aus dem Kaukasus, Moldawien und sogar aus der Ukraine herausdrängen. Als Antwort darauf versuchte Putin in den letzten Monaten, die Reintegrationsprozesse auf postsowjetischem Territorium zu beschleunigen, wobei sein wichtigster

Seinen ersten offizellen Auslandsbesuch unternahm der neue georgische Präsident Saakaschwili nach Berlin.
Vor 700 Zuhörern der DGAP-Veranstaltung im Adlon rief er Russland zur Kooperation auf.

Verbündeter Kasachstan zu sein schien. Russland und Kasachstan verbindet eine ähnlich Auffassung von Reform, Demokratie und Marktwirtschaft. Die Vorsitzende der Partei „Asar“ in Kasachstan und Tochter des Staatschefs, Dariga Nazarbajewa, meinte in ihrem Vortrag in der DGAP im Dezember 2003, dass das kasachische politische System an westlichen Maßstäben nicht zu messen sei. Nur Länder mit einem hohen Wohlstandsniveau könnten sich eine „westliche Demokratie“ leisten. Ihr Land würde die zivilgesellschaftlichen Strukturen und die freie Marktwirtschaft vom Westen übernehmen, aber nicht auf die eigenen traditionellen Werte der Kasachen verzichten.

Genau das Gegenteil passiert in Georgien. Dort hat der neu gewählte 36-jährige Präsident Michail Saakaschwili, der mit seiner „Rosenrevolution“ im November 2003 Eduard Schewardnadze aus dem Amt fegte, einen radikalen Anlauf unternommen, Georgien schnellstmöglich in den Westen zu führen. In seinem DGAP-Vortrag vor 700 Zuhörern Ende Januar 2004 beschrieb er die „Rosenrevolution“ in seinem Land als Vorbild für andere Nachbarstaaten der Region. Nach den „sanften Revolutionen“ in Ostmitteleuropa vor 15 Jahren wäre es jetzt an der Zeit, dass sich eine Demokratie, die vom Volk erkämpft und nicht von oben verordnet wurde, nun auch auf postsowjetischem Territorium durchsetzte.

Georgien könnte nach dem Irak-Krieg 2003 zu einem neuen Streitpunkt in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington werden. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und Außenminister Colin Powell setzen Russland gehörig unter Druck, seine Militärbasen im Kaukasus zu räumen. Russland befürchtet, dass nach dem Abzug seiner Truppen Georgien und Aserbajdschan in die NATO eingeladen werden. Der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow lehnte einen Rückzug wie Anfang der neunziger Jahre aus der ehemaligen DDR ab.

Doch Putin ist Pragmatiker genug, um zu verstehen, dass sowohl einer radikalen Westöffnung als auch einer nur auf russische Großmachtinteressen fixierten Politik Grenzen gesetzt sind. Demzufolge wird sich in der zweiten Amtszeit Putins wahrscheinlich wenig ändern. Doch auch der Westen ist gefragt. Eine Verdrängung Russlands nach Asien hätte für den Westen fatale Folgen. Ohne ein marktwirtschaftliches und demokratisches Russland wird auch der übrige europäische Kontinent kaum in Stabilität und Prosperität leben können. An einer Intensivierung des Dialogs, auch mit einem immer selbstbewusster auftretenden Russland, führt kein Weg vorbei.

In den letzten Monaten hat Putin, von Westen unbemerkt, nach anderen potenziellen „strategischen Partnern“ in der Weltpolitik Ausschau gehalten. Der Kreml unternahm aktive Schritte zur Annäherung an die muslimische Welt und will, wenn es schon mit der EU so schnell keinen gemeinsamen Wirtschaftsraum geben wird, in die Organisation der Islamischen Konferenz eintreten. Einen Erfolg konnte Putin schon verbuchen. Während die EU Russland wegen Tschetschenien weiterhin an den Pranger stellt, hat Saudi-Arabien Kadyrow als neuen Präsidenten Tschetscheniens anerkannt und die früher geleistete Unterstützung für die tschetschenischen Rebellen eingestellt.

Der Russlandexperte Christian Meier rät der Bundesregierung in einer Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, weiter an den erarbeiteten Konzepten und Mechanismen der EU-Russland-Beziehungen festzuhalten. Doch die Optionen des Westens, auf Russland einzuwirken, sind begrenzter als in den neunziger Jahren. Russlands Abhängigkeiten von westlichen Krediten haben rapide abgenommen, dem Westen fehlen an der Spitze der russischen Herrschaftselite gleich gesinnte demokratische Ansprechpartner. Die wichtigsten Kontakte zu Russland werden künftig wohl über die Wirtschaftsschiene laufen, auf diesem Gebiet wird es in den nächsten Jahren sicherlich positive Nachrichten geben. Die interparlamentarischen Beziehungen zu einer stark nationalistisch ausgerichteten Duma, für die eine Wiederherstellung der verlorenen russischen Größe wichtiger ist als die Partnerschaft mit dem Westen, werden dagegen schwieriger zu pflegen sein.

Die bange Frage lautet: bleibt Präsident Putin in seiner zweiten Amtszeit auf Reform- und Modernisierungskurs, setzt er die Politik der Westöffnung fort, oder wird er ein Gefangener der neuen Machtkonstellationen in Moskau, die ihm einen nationalistischeren Kurs aufzwingen könnten? Man darf gespannt sein auf die kommenden personellen Veränderungen an der Führungsspitze. Sie werden ein wichtiger Indikator für den künftigen Kurs Putins sein.

Alexander Rahr

Zivilgesellschaftlicher Dialog

Zukunftsbaustelle der deutsch-russischen Beziehungen

Zur Unterstützung des Petersburger Dialogs der Zivilgesellschaften Deutschlands und Russlands, führte die Körber-Arbeitsstelle der DGAP vom 22. bis 24. Januar 2004 in Berlin ein Jugendforum für junge Politikwissenschaftler, Journalisten und Wirtschaftsvertreter aus beiden Ländern durch. Im Kreis von ca. 30 Teilnehmern im Alter von 20-32 Jahren, die mehrheitlich aus Doktoranden und Studenten Moskauer Hochschulen und – was deutsche Teilnehmer anging – aus wissenschaftlichen Institutionen kamen, wurden Themen wie „Gewinner und Verlierer der Globalisierung", „Rohstoffkriege der Zukunft", „Zivilgesellschaft" sowie „der Stand der deutsch-russischen Beziehungen 15 Jahre nach der Wende" lebhaft diskutiert. Für einige deutsche Teilnehmer war dies die erste politische Begegnung mit gleichaltrigen Experten aus Russland, für viele Russen – die erste internationale Konferenz im Ausland.

In vielerlei Hinsicht wurden auf dem Jugendforum dieselben „Fronten" deutlich, die auf ähnlichen Veranstaltungen mit gestandenen Wissenschaftlern aus Russland und Deutschland entstehen. Andererseits waren sich die russischen Teilnehmer doch bewusst, dass die Modernisierung ihres Landes nicht ohne Demokratisierung zu bewerkstelligen sei. Ein starkes Russland ist ohne funktionierende Zivilgesellschaft nicht vorstellbar.

In der Debatte über die „Lenkbarkeit der Globalisierung" vertraten die russischen Politologen eher negative Ansichten, die von alten Stereotypen aus der Sowjetzeit über die Ausbeutung der armen durch die reichen Länder geprägt waren. Der Westen würde sich als Sieger des Kalten Krieges gebären und seine „liberal-demokratische Ideologie" auf die übrige Welt verbreiten wollen. Daraus entstünden negative Reaktionen auf Seite der ärmeren Länder, deren Proteste sich auch in Form von Terrorismus niederschlagen würden. Deutsche Experten kritisierten das fehlende Wissen über die Globalisierungsbefürworter auf russischer Seite. Die von russischen Rednern gescholtenen Transnationalen Konzerne würden die sozialen Standards in den Entwicklungsländern heben, die Korruption bekämpfen helfen und für mehr Stabilität in der Investitionsregion sorgen. Russland, so kritische deutsche Stimmen, würde die Globalisierung nur dort akzeptieren, wo sie russischen Eigeninteressen diene.

Die Diskussion über mögliche Rohstoffkriege in der Zukunft verlief nicht weniger kontrovers, wobei hier die Rolle des Rohstoffgiganten Russland natürlich im Vordergrund stand. Die russische Seite sparte nicht mit Kritik an den USA, die als ein Hauptakteur bei künftigen Kriegen gesehen wurden. Unterschiede gab es bei der Bewertung der Rolle Chinas. Russische Experten sahen von China großes Konfliktpotenzial ausgehen. Die Deutschen sahen China dagegen in der WTO integriert und bezeichneten Beijing als verlässlichen Kooperationspartner. Es wurde festgestellt, dass Kriege nicht nur ums Öl, sondern künftig auch um Wasser geführt werden könnten. Den Großmächten ginge es nicht um die Förderung, sondern um die Konservierung von Rohstoffpotenzialen. Den ärmeren Ländern würde aber in Zeiten der schnellen Informationsverbreitung klar sein, dass ihre Rohstoffe für die Aufrechterhaltung von Wohlstand in den Industrienationen benötigt würden. Entsprechend könnte der arme Süden gegen den reichen Norden aufbegehren. Die europäische Politik des Wertetransfers in die Länder der Dritten Welt wurde von russischer Seite als naiv belächelt. Ein russischer Teilnehmer resümierte: der Unterschied zwischen Deutschland und Russland bestünde darin, dass Russland eher Konflikte erwarte, während Deutschland auf Konfliktlösungen setze.

Im zweiten Teil der Konferenz ging es um die Ausbildung der Zivilgesellschaft in Russland und die deutschen Erfahrungen beim Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft mit Meinungsfreiheit und freien Wahlen. Die Russen gaben zu, dass ihre Bürgergesellschaft noch unterentwickelt sei und sie in einer „gelenkten Demokratie" leben würden. Man würde nach der alten sowjetischen Formel verfahren: „Wir dienen dem Menschen",

wobei unter diesem „Menschen“ keinesfalls der Bürger, sondern Präsident Putin verstanden wird. Über die letzte Dumawahl, die für die russische Demokratie möglicherweise verheerende Folgen haben könnte, wollten die Russen nicht sprechen. Sie demonstrierten hier eine untypische Apathie. Zwischen den Teilnehmern kam es zu einem Disput über die Rolle der Nichtregierungsorganisationen. Für deutsche Teilnehmer sind die NGOs das Rückenmark der westlichen Demokratie. Die Russen hatten mit ihnen bislang wenig Erfahrung: viele der NGOs könnten ohne Duldung der Staatsmacht nicht existieren, andere würden rein kommerzielle Ziele verfolgen. Deshalb gäbe es in Russland weniger den Begriff „NGO“ als „NKO“ (Nicht-Kommerzielle Organisationen), die eine Keimzelle für die Bürgergesellschaft in Russland bildeten.

Eine unerwartet heftige Reaktion gab es von Seiten der russischen Jugendlichen an die Adresse der deutschen Berichterstattung über Russland. Die deutschen Korrespondenten vor Ort, so ein junger russischer Geschäftsmann, würden über Russland grundsätzlich nur Negatives schreiben. Ein deutscher Diskutant erwiderte zwar, dass die meisten deutschen Korrespondenten ausgesprochen russophil geprägt seien, gab aber zu, oft einen doppelten Standard in der westlichen Berichterstattung zu entdecken. So würden deutsche Medien über einen „erstarkten Patriotismus“ in den USA, aber zugleich über einen „erstarkten Nationalismus“ in Russland berichten.

Doch die jungen Russen unterstrichen ausnahmslos die positiven Gefühle, die in ihrem Land heute Deutschland entgegengebracht werden. Die russische Bevölkerung hätte die deutsche humanitäre Hilfe während des Wirtschaftskollapses Anfang der neunziger Jahre nicht vergessen. Deutschland wäre geographisch näher an Russland als Frankreich und Großbritannien und wäre deshalb Russlands wichtigster Partner. Ein junger russischer Journalist bedauerte, dass die deutsche Politik gegenüber Russland sich ständig an der EU orientieren würde, die EU-Politik gegenüber Russland indessen wäre weniger Russland-freundlich als die deutsche.

Cecile Borie

Die Teilnehmer der Jugendkonferenz an einem historischen Ort.